paperpress
seit 1976

Nr. 645-07 **4. Januar 2026** **51. Jahrgang**

KW 1 - Neues Jahr, alte Themen

Nur, weil der Kalender von vorn anfängt zu zählen, ändert sich ja nichts. Das mit den guten Vorsätzen kann man sein lassen, sie haben ein sehr kurzes Haltbarkeitsdatum.

So lange in unserem Land darüber diskutiert wird, ob freie Tage in der Woche als Ausgleich für Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, gewährt werden sollen, ist alles in Ordnung im Staate Deutschland. **Grüne** und **Linke** machen sich für eine derartige Regelung stark, die **CDU** fordert hingegen, dass wir mehr arbeiten sollen, um den Wohlstand zu erhalten, und, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, fordert CDU-Generalsekretär **Carsten Linnemann**, den **Urban Priol** in seinem Jahresrückblick als *„Einsteck-tuch von Friedrich Merz"* bezeichnet hat, dass Rentner mehr arbeiten sollen. Ja, klar, dieses faule Rentnerpack, reist in der Weltgeschichte rum, schadet dem Klima, schont und erholt sich, wovon eigentlich, wird uralt und bringt damit das Rentensystem und die Pflegekasse ins Wanken. Was Linnemann zu übersehen scheint, ist der Umstand, dass ohne aktive, vor allem ehrenamtliche Rentner, vieles an Unterstützung im Sozialbereich zusammenbräche.

Es gibt Länder wie Großbritannien, Belgien, Spanien, Polen, die USA und Australien, wo Feiertage, die auf ein Wochenende fallen, an Arbeitstagen nachgefeiert werden können. Wie schön. In Großbritannien haben die Arbeitnehmer Anspruch auf 20 Urlaubstage und acht Feiertage. In den USA gibt es im Schnitt zehn Urlaubstage plus elf landesweite gesetzliche Feiertage. Aber, *„jeder Bundesstaat und Arbeitgeber entscheidet selbst, ob diese Tage tatsächlich arbeitsfrei sind."* Während hierzulande Osterspaziergänge das Eierfest erst richtig gemütlich machen, ist der Easter-Sale in den USA am Karfreitag und Ostersonntag das Highlight bei den Amis.

30 Tage, in einigen Branchen etwas weniger, umfasst der Urlaubsanspruch in Deutschland. Die Feiertage kommen obendrauf und werden nicht wie in Großbritannien verrechnet. Und, wie es sich für einen guten deutschen Arbeitnehmer gehört, ist er, ob tatsächlich oder gefühlt, mindestens zweimal zwei Wochen im Jahr krank. Was soll also diese dämliche Diskussion, die leider nicht neu ist: *„Für Feiertage, die auf das Wochenende fallen, soll es in Zukunft Ausgleichstage geben. Das haben Politiker von SPD, Grünen und Linken gemeinsam vorgeschlagen."*, lesen wir am 23. April 2016 bei **Zeit-Online**.

„Das wäre natürlich ein Zeichen zur Entlastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer", sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD, **Katja Mast**. Der Vorschlag wird auch von den Grünen mitgetragen. Deren Arbeitsmarktexpertin **Beate Müller-Gemmeke** nannte den Vorschlag charmant.

„Dann haben Beschäftigte zum einen Zeit für die Kundgebung am Sonntag und können am freien Montag ihre Zeit der Familie widmen." *Quelle: Zeit-Online*
Eine schöne Idee, und, wie vieles bei den Grünen, nicht zu Ende gedacht. Schulfrei hätte es nämlich am 2. Mai 2016 nicht gegeben. Die Kinder in der Schule und die Eltern haben endlich mal Zeit, sich vom Nachwuchs zu erholen. Der Autor dieses Beitrages hat mehrfach gefordert, Feiertage abzuschaffen, zum Beispiel das Massenbesäufnis der Herren am so genannten *„Vatertag"* (Himmelfahrt). Auch die zweiten freien Tage zu Ostern, Pfingsten und Weihnachten gehören abgeschafft. Hallo, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, Ihr habt genügend freie Tage.

Was noch?

Der KW 1-Newsletter am 5. Januar 2025 beschäftigte sich mit **Michael Müller**. *„So geht man nicht mit Menschen um"*, lautete der Titel. Gemeint war, dass ihm seine Partei keine zweite Legislaturperiode im Bundestag gönnte, zugunsten von No-Names, von denen seitdem nichts bis deutlich weniger zu hören war als vom Regierenden Bürgermeister a.D. *Screenshot rbb Abendschau*

Während Müllers Vorgänger **Klaus Wowereit** in Unterhaltungsshows des **rbb** oder bei *„Wer weiß denn sowas?"* auftritt, wird **Michael Müller** dann und wann zu Statements in die Abendschau eingeladen, wie am 30. Dezember 2025, als seine Expertise als Außenpolitiker gefragt war.

Im Anschluss an einen Beitrag über propalästinensische Demonstrationen im letzten Jahr in Berlin, sprach Moderator **Sascha Hingst** mit Müller über diese größtenteils antisemitischen Aufmärsche. Von Berlin gingen aber nicht nur diese Bilder aus, so Müller, sondern auch die von Menschen, die sich für Israel einsetzen und den Terroranschlag der Hamas verurteilen.

Michael Müller hatte das Abendschau-Studio schon verlassen, da verlas Nachrichtensprecher **Axel Walter** eine Meldung zum

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.

paperpress
seit 1976

Nr. 645-07 **4. Januar 2026** **51. Jahrgang**

Solidarischen Grundeinkommen.

Sie erinnern sich? Am 2. Juli 2019 startete der damalige Regierende Bürgermeister **Michael Müller** dieses Projekt in der Hoffnung, es deutschlandweit einführen zu können. Das scheiterte an SPD-Arbeitsminister **Hubertus Heil**. Auch die Grünen in der Berliner Koalition waren nicht begeistert, verhinderten es aber nicht. Vor allem die Linke hat das Projekt – bis heute – unterstützt. Vermutlich hätte man nie wieder etwas davon gehört, wenn nicht die Linke immer wieder Anfragen einbrachte. Vielleicht liegt es daran, dass die Linke **Elke Breitenbach** seinerzeit Sozialsenatorin war und das SGE unterstützte.

Nicht die SPD, sondern die Linken Abgeordneten **Damiano Valgolio** und **Katina Schubert** stellten nun erneut eine Anfrage an den Senat zum *„Auslaufen des Modellprojektes Solidarisches Grundeinkommen."* Seit dem 15. Dezember 2025 liegt die Antwort des Senats vor. Eine Pressemitteilung der SPD-Fraktion ist zu diesem Thema nicht zu finden.

Er freue sich „wahnsinnig", sagte Müller dem rbb. „Qualifizierte Menschen, die arbeiten können und arbeiten wollen, kann ich nicht mit diesem Hartz-IV-Sanktionssystem drangsalieren." Das Solidarische Grundeinkommen biete diesen Menschen kommunale Jobs – „unbefristet, sozial versicherungspflichtig, tarifgebunden". Aufgaben genug gäbe es in Berlin. „Warum sollen wir das nicht zusammenführen?" *Quelle: Berliner Zeitung 29.05.2019*

Das Berliner „Solidarische Grundeinkommen" (SGE) wird als Erfolg gewertet, da es Langzeitarbeitslose in sozialversicherungspflichtige, gesellschaftlich nützliche Jobs brachte (z.B. Kitas, Nahverkehr) und die Teilnehmenden psychisch stabilisierte und in Arbeit brachte, wobei etwa zwei Drittel in Jobs vermittelt wurden, viele in kommunalen Einrichtungen, aber auch einige in externe Unternehmen. Es zeigt positive Effekte wie weniger Stress und mehr Lebensfreude, stärkt den sozialen Zusammenhalt und gilt als vielversprechender Ansatz für die Arbeitsmarktpolitik, auch international. Rund zwei Drittel der Teilnehmenden fanden nach dem Projekt eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, oft bei landeseigenen Betrieben oder in der Verwaltung. Gesellschaftlicher Mehrwert: Es entstanden dringend benötigte Stellen in Kitas, Schulen, im Nahverkehr und bei der Unterstützung älterer Menschen, die vorher nicht finanziert wurden. Psychische Entlastung: Teilnehmende berichteten von weniger Stress, besserem Schlaf, mehr Zufriedenheit und mehr Zeit für Familie und Beziehungen. Sicherheit: Das Projekt schuf eine dauerhafte Alternative zu ALG II und bietet sogar eine Weiterbeschäftigungsgarantie im öffentlichen Dienst. *Quelle: Google-Suche*

Das SGE hat das Arbeitsmarktsystem zwar nicht revolutioniert. Es war und ist jedoch ein Ansatz, der mehr Unterstützung verdient und aus dem mehr hätte entstehen können. Der gleichgültige Umgang der SPD mit diesem Projekt ist unverständlich.

Noch was?

Ja. Kein Vernünftiger TV-Sender käme auf die Idee, in seinen News-Magazinen auf die Nachrichtensprecher zu verzichten. Der **rbb** schon. **Sascha Hingst** verabschiedete mit *„einem Kloß im Hals"* am 30. Dezember 2025 die Nachrichtensprecher **Philipp Höppner**, **Dilek Üşük** und **Axel Walter**.
v.l. Screenshot rbb Abendschau

Künftig wird es in jeder **Abendschau**, wie bereits seit einiger Zeit am Samstag, Nachrichtenblöcke ohne Sprecher im Studio geben. Dass zwei Personen im Studio sind, macht den Charme der Magazine aus. Ein Moderator, der weitestgehend seine Texte selbst schreibt, und ein Nachrichtensprecher, der Meldungen verliest, war das Salz in der Suppe, vor allem durch die Dialoge der beiden am Ende der Sendung. Beim *„Hamburg Journal"* oder bei den *„tagesthemen"* käme niemand auf die Idee, die Nachrichtensprecher abzuschaffen. Der rbb begründet das, wie üblich, mit Finanzproblemen und setzt, ebenfalls wie üblich, die falschen Prioritäten. Nicht am Programm, sondern an der Verwaltung muss gespart werden. Der rbb ist nicht lernfähig.

Das Allerletzte

Auch wenn inzwischen der größte Teil der Stromkabel unter der Erde liegt, wo sie vor *Bodo mit dem Bagger* auch nicht sicher sind, so wird es immer Stellen geben, die es Angreifern ermöglichen, die Kabel anzuzünden. Verursacher der Katastrophe, die zehntausende von Menschen im winterlichen Südwesten Berlins trifft, ist offenbar eine Gruppe mit angeblich ehrenwerten Zielen, nämlich Unternehmen *aus den Bereichen IT, Rüstung, Raumfahrt und KI zu treffen. Aus Sicht der* Gruppe *sollen diese Krieg, Überwachung und Ausbeutung fördern.* *(Quelle: BILD)* Tatsache ist jedoch, dass dieser Irrsinn Pflegeheime, den ÖPNV, Schulen, Kitas, Geschäfte, also die gesamte Infrastruktur und die Menschen in ihren Wohnungen trifft. Die Verursacher sind keine Gutmenschen, sondern kriminelle Terroristen. ***Ed Koch***

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kraft – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12082 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Jubiläumslogo: Tobias Kellermann stilbrand®
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.